

Vortrag an den Ministerrat

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz, das KommAustria-Gesetz, das ORF-Gesetz und das Privatradiog-Gesetz geändert werden

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1808 zur Änderung der Audiovisuelle Mediendienste-Richtlinie 2010/13/EU hat das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst einen Entwurf erarbeitet. Dieser Entwurf war Gegenstand eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens, dessen Frist am 16. Oktober 2020 endete.

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst hat auf der Grundlage der eingelangten Stellungnahmen den Ministerialentwurf überarbeitet und den vorliegenden Entwurf erstellt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den angeschlossenen Gesetzesentwurf samt Vorblatt und Wirkungsorientierter Folgenabschätzung, Erläuterungen und Textgegenüberstellung dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung als Regierungsvorlage zuleiten.

18. November 2020

Sebastian Kurz
Bundeskanzler